

Westerwelles Bedauern reicht nicht

von Reiner Bernstein

Entwicklungshilfe-Minister Dirk Niebel ist am 19. Juni die Einreise in den Gazastreifen verweigert worden, wo er eine Kläranlage besichtigen wollte, die von der Bundesregierung finanziert wird. Doch die israelische Regierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als ihm den Grenzübertritt zu verwehren, während sich Außenminister Guido Westerwelle in seiner ersten Stellungnahme damit begnügte, das Verbot zu bedauern.

Die Reaktion Niebels, eines der Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, hat an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Er hat den Eklat als einen außenpolitischen Fehler Israels gegenüber der Bundesrepublik kritisiert und von der Regierung in Jerusalem mehr Transparenz in ihrer Gaza-Strategie verlangt – Bemerkungen, die völlig berechtigt sind.

Mit dem Skandal hat es die israelische Politik geschafft, den Rubikon des guten Willens und der Nachsicht zu überschreiten. Alle Bundesregierungen und sämtliche politische Parteien im Parlament haben es in den vergangenen Jahren trotz tiefer Enttäuschungen über den politischen Weg Israels nach 1967 nicht an der Geltung der besonderen Beziehungen zu Israel mangeln lassen. Mit diesem Bekenntnis haben sie viele Chancen der Einflussnahme auf die Regelung des Nahostkonflikts vertan.

Mit der Aktuellen Stunde im Bundestag am 10. Juni und der anstehenden Debatte um den Entschließungsantrag zur Gaza-Blockade, den die UNION, FDP, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht haben, geht die Epoche der Zurückhaltung gegenüber der israelischen Politik zu Ende. Das ist gut so, weil sie den Frieden mit den Palästinensern verhindert. Zu hoffen ist, dass die Diskussion um den Antrag ein Exempel für weiterführende politische Entscheidungen in Berlin bildet.

Dass der Zentralrat der Juden in Deutschland sich erneut in der Rolle als verlängerter Arm der israelischen Politik gefällt, indem er sich um eine Stellungnahme zur Einreiseverweigerung für Niebel drückt und stattdessen

Niebels Antwort attackiert, mag man als eine wohlbekannte Reprise für die Verkenning von Ursache und Wirkung abtun. Doch sie ist weit mehr. Denn indem der Zentralrat die Vertretung der in Deutschland lebenden Juden beansprucht, verlängert er absichtlich das alte, in Israel jedoch längst umstrittene zionistische Ethos, dass der Staat Israel alle Juden der Welt repräsentiere. Auch diesmal werden die üblen Reaktionen aus deutschen Kreisen, die am liebsten auf die Liquidierung Israels hinauswollen, nicht auf sich warten lassen – und die Juden hierzulande zu Geiseln ihrer Agitation nehmen.

Man darf gespannt sein, welche Diskussionen sich in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft als dem selbsternannten Hort der Freundschaft zu Israel entspinnen werden, die öffentlich alles zu rechtfertigen sucht, was israelische Regierungen den Palästinensern und ihrem eigenen Staatsvolk zumuten. Denn die Politik Jerusalems gegenüber den Palästinensern hat nichts mit der Abwehr eines zweiten Holocaust zu tun.

München, 20.06.2010